



## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Probstei (AMTPR/HA/01/2014)  
vom 27.08.2014

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Wolf Mönkemeier

#### Mitglieder

Frau Annette Blöcker

Herr Jürgen Cordts

Herr Peter Dieterich

Herr Matthias Gnauck

Herr Moritz Keppel

Herr Walter Kreft

Herr Carsten Leonhardt

Herr Christian Lüken

Herr Stephan Matthiesen

Frau Heike Mews

Herr Klaus Robert Pfeiffer

Herr Lutz Schlüsen

ab 19:07 Uhr

#### von der Verwaltung

Herr Sönke Körber

#### Gäste

Herr Dieter Dehmk

Herr Joachim Gafert

Herr Jürgen Horvath

Herr Heinz Lamp

Herr Hans Joachim Stephan

Herr Dr. Arne Stoltenberg

#### Presse

Frau Gabriele Butzke

Herr Thomas Christansen

#### Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

### Abwesend:

Beginn: 19:00 Uhr

Ende 21:15 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,  
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

### Tagesordnung:

### Vorlagennummer:

## **- öffentliche Sitzung -**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)
3. Einwohnerfragestunde
4. Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 05.12.2013
5. Bericht der Verwaltung
6. Breitbandangelegenheiten
  - 6.1. Sachstandsbericht
  - 6.2. Antrag an den Amtsausschuss des Amtes Probstei auf Neubesetzung des Arbeitskreises Breitband
7. Übertragung der Aufgabe "Beteiligung an dem Personenbeförderungsunternehmen Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH (VKP)" AMTPR/BV/082/2014
8. Bericht über die Aufnahme und Unterbringung von asylsuchenden Personen und Personen mit einem vergleichbaren Aufenthaltsstatus AMTPR/IV/080/2014
9. AktivRegion Ostseeküste - Entwicklungsstrategie - AMTPR/BV/081/2014
10. Bekanntgaben und Anfragen

## **- öffentliche Sitzung -**

### **TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung**

Der Vorsitzende, Herr Amtsvorsteher Mönkemeier, eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Hauptausschussmitglieder und die Gäste. Die Einladung wurde form- und fristgerecht übersendet. Herr Amtsvorsteher Mönkemeier stellt fest, dass der Hauptausschuss mit 12 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist. Er berichtet, dass Herr Bürgermeister Schlüsen sich möglicherweise etwas verspäten wird.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung spricht Herr Amtsvorsteher Mönkemeier seinen Dank an die Gemeinden für die vielen Sommeraktivitäten aus, die die Region über die Grenzen hinweg bekannt machen. Ein Highlight sind hier sicherlich immer wieder die Korntage.

### **TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)**

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung nicht vorgetragen.

### **TO-Punkt 3: Einwohnerfragestunde**

Herr Stephan aus dem Seniorenbeirat der Gemeinde Schönberg meldet sich zu Wort und spricht das Thema Breitband an, insbesondere die schlechte Versorgung in den Strandgebieten.

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier berichtet kurz über den derzeitigen Sachstand und verweist darauf, dass weitere inhaltliche Ausführungen zu TOP 6 erfolgen.

Herr Schlüsen betritt den Sitzungssaal um 19:07 Uhr. Der Hauptausschuss ist damit mit 13 Mitgliedern vollzählig vertreten.

### **TO-Punkt 4: Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 05.12.2013**

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift werden nicht vorgetragen.

### **TO-Punkt 5: Bericht der Verwaltung**

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier geht zunächst auf das Thema Fracking ein und verweist auf den Termin am 06. Juni 2014. Man habe dem Minister sämtliche Resolutionen übergeben und zwischenzeitlich auch eine umfangreiche Stellungnahme von Herrn Minister Habeck erhalten, die zeige, dass Herr Habeck sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Am 14.08.2014 habe eine weitere Veranstaltung zum Thema Fracking, diesmal von der SPD initiiert, in Prasdorf stattgefunden. Das Thema Fracking werde die Amtsgemeinden weiter begleiten. Er habe die Botschaft mitgenommen, dass die Änderung des alten Bergbaurechtes nicht so einfach möglich ist. Sehr positiv habe er außerdem mitgenommen, dass der Einsatz des Umweltministers sehr groß ist, so dass man die weitere Entwicklung sicherlich mit Zuversicht betrachten könne.

Herr Amtsdirektor Körber spricht die Stellenbesetzungen im Bereich des Ordnungsamtes und im Asylbewerberbereich an. Im Ordnungsamt habe man zunächst einmal bis zum 31.03.2015 eine Ersatzkraft für eine langzeiterkrankte Mitarbeiterin eingestellt. Ferner habe man, und hierzu verweist er auf seine Ausführungen im letzten Amtsausschuss, im Bereich des Sozialamtes für die Betreuung der Asylbewerber/innen eine Kraft eingestellt. Dies laufe auch sehr gut an und man werde die weitere Entwicklung beobachten. Einzelheiten zum Thema Asylbewerber/innen werde er dann zum TOP 8 vortragen.

Herr Amtsdirektor Körber berichtet ferner, dass die Umbauarbeiten im Rathaus weitestgehend abgeschlossen sind. Zum Thema Bahn berichtet er, dass es im Sommer die angekündigte Konferenz der Wirtschaftsminister der Länder gegeben habe. Das Thema Bahn war dort aber nicht Schwerpunktthema, dies war stattdessen angesichts aktueller Diskussionen die Einführung der Maut, so dass die Entscheidung über die Verteilung und die Höhe der Regionalisierungsmittel auf die Länder zu einem späteren Zeitpunkt im Oktober beraten wird.

Im Blick auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen verweist hierzu auf den Fusionsvertrag, nach dem ab 2016 für die Finanzierung des Amtes die normale Amtsumlagenberechnung zu Grunde zu legen ist. In Abstimmung mit Herrn Amtsvorsteher Mönkemeier werde

man bereits zum Haushalt 2015 eine Parallelberechnung erarbeiten, um zu schauen, welche Veränderungen in 2016 für die einzelnen Gemeinden zu erwarten sind. Er spricht ferner die Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung an und beschreibt das hierzu erforderliche Verfahren, das recht aufwendig ist, und die Inanspruchnahme eines externen Beraters.

Herr Gemeindevertreter Cordts erkundigt sich, ob man vor diesem Hintergrund nicht darüber nachdenken müsse, ggf. den Umstieg auf die Doppik vollständig zu vollziehen.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert, dass man auch darüber nachgedacht habe und deshalb entsprechende Informationen eingeholt habe; insbesondere habe man eine andere Amtsverwaltung besucht. Nach dortigen Erfahrungen stehen Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis, so dass man dort die Aussage getroffen habe, dass man dies so nicht wieder machen würde. Die Verwaltung rät daher dazu, hiervon abzusehen. Die Haushalte seien durch die Doppik wesentlich intransparenter als durch die Kameralistik und mehr Geld generiere man hierdurch auch nicht. Er regt an, sich einmal den Kreishaushalt auf der Homepage des Kreises anzusehen. Im Übrigen verweist er auf den hohen Aufwand und die Schulungserfordernisse, sowohl für die Verwaltungsmitarbeiter als auch für die Gremienmitglieder. Die Gemeindehaushaltsverordnung laufe allerdings nur bis zum Jahre 2018, ggf. werde dann auch die Technik für die Kameralistik nicht mehr weiterentwickelt. Möglicherweise sei man aus diesen Gründen in Zukunft durchaus dazu gezwungen, die Doppik einzuführen, aber solange dies nicht verpflichtend sei, rät die Verwaltung davon ab, dieses zu tun. Selbstverständlich werde aber das jetzige Datenmaterial so aufbereitet, dass es ggf. doppisch weitergeführt werden könnte.

Herr Gemeindevertreter Kreft bekräftigt diese Einschätzung und berichtet über seine Erfahrungen mit der Doppik bei der Stadt Kiel. Insgesamt habe die Stadt Kiel die Einführung der Doppik 3 Millionen Euro gekostet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

## **TO-Punkt 6: Breitbandangelegenheiten**

### **TO-Punkt 6.1: Sachstandsbericht**

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier berichtet über den derzeitigen Sachstand und über die Ergebnisse der Sitzungen aus dem Arbeitskreis. Seiner Auffassung nach sei man auf einem guten Weg. Das Thema sei insgesamt sehr komplex und brauche seine Zeit. Auch ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen, sei deutlich aufwendiger als man es von herkömmlichen Ausschreibungen kennt. Er verweist ferner auf den Beschluss des Kreises zum Thema Breitband und das sehr enge Stimmenverhältnis. Zwischenzeitlich habe auch ein Gespräch mit Herrn Baden vom Kreis stattgefunden und es sei deutlich geworden, dass der Weg des Amtes Probstei durch diesen Kreistagsbeschluss nicht beeinträchtigt ist. Man habe mit Herrn Baden gemeinsam abgestimmt, dass im November eine Veranstaltung durchgeführt wird, in der Herr Baden die Kreisaktivitäten vorstellen wird.

Herr Amtsdirektor Körber ergänzt, dass Ziel sei, ein Glasfaserinfrastruktturnetz zu bauen, man werde aber nicht Netzbetreiber. Das Interessenbekundungsverfahren sei ein EU-weites Verfahren, für das auch anwaltlicher Rat erforderlich sei. Nach einem entsprechenden Ausschreibungsverfahren habe man sich für ein Anwaltsbüro aus Kiel entschieden. Der beauftragte Anwalt habe ein zweistufiges Verfahren empfohlen, und zwar werde in einem ersten

Schritt in der nächsten Woche im EU-Bekanntmachungsblatt auf das Interessenbekundungsverfahren aufmerksam gemacht und erst in einem zweiten Verfahrensschritt werden den interessierten Firmen auf Anfrage die Unterlagen zur Verfügung gestellt. Das Ganze müsse technikneutral formuliert sein. Zwingend vorgeschaltet sei eine qualifizierte Anbieterabfrage nach Ausbauabsichten in den nächsten 36 Monaten. Diese Abfrage habe man durchgeführt und sie sei -wie zu erwarten- negativ ausgefallen. Hintergrund dieses Erfordernisses sei, dass Breitband nicht gesetzliche Aufgabe der Gemeinden ist und man daher das Beihilferecht beachten müsse. Er verweist insbesondere auf die letzte Sitzung des Arbeitskreises und geht auf die Zeitschiene ein. Hinsichtlich der Rechtsform gebe es eine klare Haltung des Arbeitskreises in Richtung Zweckverband. Man könne selbstverständlich auch die Aufgabe Breitband insgesamt auf das Amt übertragen. Präferiert werde allerdings ein Zweckverband mit 25 Vertretern. Man habe die Gemeinden in drei Größen eingeteilt. Hinsichtlich der Finanzierung habe man sich unterschiedliche Rechenmodelle betrachtet und plädiere dafür, einen Sockelbetrag zu erheben und dann eine entsprechende Staffelung nach Anzahl der Sitze. Hinsichtlich der aktuellen Presseberichterstattungen auch in Bezug auf mögliche Funklösungen weist er daraufhin, dass sich alle Fachleute einig sind, dass Glasfaser die Lösung der Zukunft ist. Man sei daher im Arbeitskreis auch übereingekommen, dies auch noch nachhaltiger zu kommunizieren. Daher wolle man sich mit Thema Kommunikation in einer der nächsten Sitzungen nach einmal besonders befassen und außerdem einen Satzungsentwurf für einen Zweckverband erarbeiten. Selbstverständlich bleibe man immer in einem ganz engen Kontakt mit den Nachbarn und auch mit dem Kreis. Eine gemeindliche Diskussion sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht notwendig, da derzeit noch die gesamten Vorarbeiten laufen. Er geht davon aus, dass man frühestens im Dezember über die Eckpunkte diskutieren könne.

Herr Bürgermeister Dieterich geht auf das angesprochene Thema „Kommunikation“ ein und schlägt vor, hierzu eine kleine Broschüre zu erarbeiten, die an alle Haushalte verteilt werden könnte, so dass auch die Bürgerinnen und Bürger immer auf dem aktuellen Stand der Breitbandentwicklung sind. Dieser Vorschlag wird positiv aufgenommen.

Herr Mönkemeier berichtet ergänzend, dass die Bürgermeister der Gemeinden Probsteyerhagen und Laboe in den letzten Arbeitskreis eingeladen worden sind. Man habe von den beiden Bürgermeistern eine positive Rückmeldung zum Thema Solidarität erhalten. Seiner Auffassung nach müssen gute Dinge beworben werden. Es gelte das Interesse entsprechend zu wecken und deshalb sei die Erarbeitung einer Broschüre eine gute Idee.

Herr Bürgermeister Schlüsen bekräftigt dies. Der Bürgermeister einer Gemeinde wird in seinem Ort für die Anschlüsse werben müssen. Dass die Umsetzung Geld kostet, müsse allen klar sein. Er berichtet über das Zustandekommen des Kreistagsbeschlusses. Insgesamt müsse man offener mit der Breitbandproblematik umgehen und Überzeugungsarbeit leisten.

Frau Bürgermeisterin Blöcker ist der Auffassung, dass Breitband eine unbedingt wichtige Entwicklung ist, aber die Kosten müssen für eine Gemeinde finanzierbar sein.

Herr Bürgermeister Pfeiffer hat Sorge, dass eine Parallelstruktur entsteht, da der Kreis jetzt zu einem späteren Zeitpunkt auch in das Thema eingestiegen ist.

Herr Bürgermeister Schlüsen kann diese Sorge nicht teilen, denn der Kreistag habe den klaren Auftrag an die Kreisverwaltung ausgesprochen, mit den Gemeinden ins Gespräch zu kommen. Der Kreis selbst werde letztendlich auch kein Geld in die Hand nehmen.

Herr Amtsdirektor Körber berichtet seinerseits über das Gespräch mit Herrn Baden. Er findet es grundsätzlich richtig, dass der Kreis sich engagiert. Das Amt Probsteyr werde seine Hal-

tung deutlich kommunizieren, aber auch keine Tür zuschlagen. Man tausche sich mit dem Kreis sehr offen aus. Eines sei jedoch sicher, es werde gemeindliches Geld fließen müssen.

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier sieht hier auch keine Probleme. Synergieeffekte, die ggf. entstehen, sollten genutzt werden, aber das Vorgehen des Amtes Probstei werde nicht durch die Aktivitäten des Kreises ausgehebelt.

Herr Gemeindevertreter Lücken fragt sich, warum man einen Zweckverband gründen wolle und nicht die Aufgabe auf das Amt übertragen möchte. Herr Amtsdirektor Körber erklärt, dass sicherlich beides machbar ist, traditionsgemäß werde aber in der Probstei die Rechtsform eines Zweckverbandes präferiert.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

### **TO-Punkt 6.2: Antrag an den Amtsausschuss des Amtes Probstei auf Neubesetzung des Arbeitskreises Breitband**

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier verweist auf den Antrag von Frau Bürgermeisterin Mews und erläutert zunächst einmal seine Anmerkungen hinzu.

Frau Bürgermeisterin Mews begründet im Anschluss daran ihren Antrag. Ihr sei wichtig, dass diese Angelegenheit einmal transparent diskutiert werde. Es gehe ihr nicht zwingend darum, die Rechtsform des Arbeitskreises zu verändern. Dies sei nur ein Vorschlag gewesen, aber sie könne sich auch damit anfreunden, wenn es bei einem Arbeitskreis bleibt. Gleichwohl möchte sie über die Angelegenheit diskutieren.

Herr Bürgermeister Schlüsen erläutert zur Vorgeschichte, dass in der Bürgermeisterrunde gefragt wurde, ob noch weitere Personen Interesse an der Mitarbeit in diesem Arbeitskreis haben. Daraufhin haben sich weitere Personen gemeldet und es gab auch keinen Widerspruch, so dass seiner Auffassung nach nichts gegen dieses Verfahren einzuwenden sei.

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier bestätigt dies. Man habe es sogar als sehr förderlich für den Arbeitskreis angesehen, wenn zusätzlich Vertreter aus einer Gemeinde teilnehmen, in der überwiegend junge Familien ansässig sind. Der Arbeitskreis arbeite sehr konstruktiv, insofern hält er die derzeitige Lösung für effektiv und auch flexibel, deswegen würde auch er die Rechtsform eines Arbeitskreises beibehalten wollen.

Herr Gemeindevertreter Cordts kann alle Argumente grundsätzlich nachvollziehen. Er ist allerdings der Auffassung, dass man ehrenamtliches Engagement hier nicht stoppen sollte. Der Arbeitskreis dürfe aber auch nicht zu groß werden, da dann ein effektives Arbeiten erschwert werden. Man könne aber jederzeit Sachkundige hinzuziehen. Seiner Auffassung nach sollte man den Arbeitskreis so belassen, wie er jetzt arbeite. Er habe als Gemeinde Schönberg auch noch einen Umbesetzungsvorschlag vorzutragen, da die Gemeinde Schönberg im Arbeitskreis nicht mehr aktuell kommunalpolitisch besetzt sei.

Der Hauptausschuss ist sich darüber einig, dass die Gemeinden diejenigen Personen, die sie entsendet haben, bei Bedarf austauschen können.

Es entbrennt eine Diskussion zu Größe und Rechtsform des Arbeitskreises.

Frau Bürgermeisterin Mews stellt daraufhin den Antrag, den Arbeitskreis wieder auf die ursprünglich festgesetzte Zahl von 8 Personen zu reduzieren.

Dieser Antrag wird mit einer Ja-Stimme und 12 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen abgelehnt.

Frau Bürgermeisterin Mews erklärt auf Nachfrage, dass sie nach diesem Stimmungsbild ihren Antrag für den Amtsausschuss zurückziehe.

Damit kann der Arbeitskreis weiterhin so tagen, wie er jetzt besteht.

**TO-Punkt 7: Übertragung der Aufgabe "Beteiligung an dem Personenbeförderungsunternehmen Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH (VKP)"  
Vorlage: AMTPR/BV/082/2014**

Herr Amtsdirektor Körber erläutert ausführlich die Vorlage und verweist auch auf seine Ausführung im letzten Amtsausschuss. Er stellt sich den Fragen der Hauptausschussmitglieder.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin folgenden

**Beschluss:** Der Hauptausschuss empfiehlt den Gemeinden für die in der Vorlage genannten Aufgaben (Breitbandversorgung bis zum Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens gem. § 5 Abs. 1 Ziff. 15 AO; Abwasserbeseitigung aus Hauskläranlagen/Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben als dezentrale öffentliche Einrichtung gem. § 5 Abs. 1 Ziff. 1 AO und die Beteiligung an dem Personenbeförderungsunternehmen Verkehrsbetriebe Kreis Plön (VKP) gem. § 5 Abs. 1 Ziff. 14 AO) entsprechende Übertragungsbeschlüsse zu fassen.

Stimmberechtigte:	13		
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

**TO-Punkt 8: Bericht über die Aufnahme und Unterbringung von asylsuchenden Personen und Personen mit einem vergleichbaren Aufenthaltsstatus  
Vorlage: AMTPR/IV/080/2014**

Herr Amtsdirektor Körber erläutert ausführlich die Vorlage und ergänzt, dass es zwischenzeitlich Gespräche mit der Volkshochschule über Deutschkurse gegeben habe. Die Volkshochschule biete diese Kurse an, wenn 15 Personen zusammen kommen und zusätzlich Sprachpaten generiert werden.

Frau Bürgermeisterin Blöcker berichtet aus ihrer Erfahrung mit den Asylbewerbern, die bei ihr in der Gemeinde wohnen, und weist daraufhin, dass das Erlernen der Sprache unglaublich wichtig und Grundvoraussetzung sei für die Integration. Hierfür sollte man sich daher unbedingt einsetzen.

Herr Körber sieht dies ebenso. Leider sei es rechtlich so, dass die Asylbewerber grundsätzlich kein Recht auf Deutschkurse haben.

Herr Bürgermeister Pfeiffer ist der Auffassung, dass man hier nach pragmatischen Lösungen suchen sollte, die vor Ort umgesetzt werden. Er nennt ein Beispiel aus seiner Gemeinde.

Herr Amtsdirektor Körber kündigt abschließend an, dass das Amt einen Runden Tisch zu diesem Thema vorbereitet, der voraussichtlich im Herbst stattfinden werde.

**TO-Punkt 9: AktivRegion Ostseeküste - Entwicklungsstrategie -  
Vorlage: AMTPR/BV/081/2014**

Herr Amtsdirektor Körber erläutert die Vorlage und geht insbesondere auf die Förderung von privaten Projekten ein.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt bittet darum, im Beschlussvorschlag deutlich zu machen, dass es um jährliche Beträge geht. Dieser Vorschlag stößt auf Zustimmung.

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier weist daraufhin, dass stimmberechtigt für diesen Beschluss derzeit nur die 5 Amtsgemeinden sind, die nicht selbst Mitglied in der AktivRegion sind.

Der Hauptausschuss spricht daraufhin folgende Beschlussempfehlung aus:

**Beschluss:** Das Amt Probstei beschließt, als Teil der Gebietskulisse der LAG AktivRegion Ostseeküste im Rahmen der ELER-Förderung (2014 – 2023), die gemeinsam und von weiteren Akteuren erarbeitete Integrierte Entwicklungsstrategie in der derzeitigen Fassung aktiv umzusetzen.

Zur Umsetzung der Strategie ist die Bereitstellung von öffentlichen KO-Finanzierungsmitteln für die Jahre 2015 – 2023 für das Betreiben der Lokalen Aktionsgruppe insbesondere durch das Regionalmanagement erforderlich. Dazu beteiligt sich das Amt mit einem Beitrag von 0,80 € je Einwohner/jährlich.

Zur Sicherung von möglichen Projekten in privater Trägerschaft und unter dem Vorbehalt, dass das Land Schleswig-Holstein Mittel in gleicher Höhe bereitstellt, beteiligt sich das Amt mit einem Beitrag von 0,17 € je Einwohner/jährlich.

Für Projekte in eigener Trägerschaft bzw. mit eigener Beteiligung wird die erforderliche KO-Finanzierung gesondert bereitgestellt.

Die Zusagen stehen unter dem Vorbehalt eines jeweiligen notwendigen Haushaltsbeschlusses.

Stimmberechtigte:	5		
Ja-Stimmen: 5	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 10: Bekanntgaben und Anfragen**

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier gibt die Termine für den Umwelt- und Planungsausschuss sowie für das Treffen mit Herrn Staatssekretär Nägele zum Thema Bahn bekannt.

Herr Amtsdirektor Körber weist daraufhin, dass die Amtsverwaltung am 02.09.2014 geschlossen ist wegen des Betriebsausfluges der Mitarbeiter.

Frau Bürgermeisterin Mews erinnert an das Protokoll der letzten Hauptausschusssitzung. Dort habe Herr Amtsdirektor Körber Ausführungen zum Thema „Laufzeit von Rechnungen“ gemacht. Sie zitiert diese.

Herr Körber berichtet, dass er diese Angelegenheit -wie angekündigt- in der Amtsleiterrunde angesprochen habe. Man sei übereingekommen, dass angesichts der wenigen Einzelfälle das bisherige Verfahren beibehalten werden sollte. Man sehe keinen Anlass für eine Veränderung des Postweges.

Herr Gemeindevertreter Matthiesen spricht die Homepage des Amtes an und bittet darum, diese aktuell zu halten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Amtsvorsteher Mönkemeier schließt daraufhin die Sitzung um 21:15 Uhr.

gesehen:

Wolf Mönkemeier  
- Vorsitzender -

Angela Grulich  
- Protokollführerin -

Sönke Körber  
- Amtsdirektor -